

Auf der anderen Seite des Zauns



Eine Woche G8-Protest in Mecklenburg-Vorpommern: Silke Stokar zieht eine kritische Bilanz. Seite 3

Für die Region in den Landtag



Unsere grünen KandidatInnen für die Landtagswahl im Januar 2008 stellen sich vor. Seiten 4-7

Klimaschutz für alle!



Ein Rückblick auf die Aktionen im Rahmen der Grünen Klimatage in der Region Hannover. Seite 8/9

Sonstiges

- Grüner Protestbus S. 5
- Ökomarkt: S. 6
- Grüne Leinwand: S. 7
- Grüner Flughafenbesuch S.10
- Solarprojekt an der Uni: S. 11
- und vieles mehr

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**

Region Hannover Grüne Seiten

Mitteilungsblatt der GRÜNEN in der Region Hannover • Juni 2007

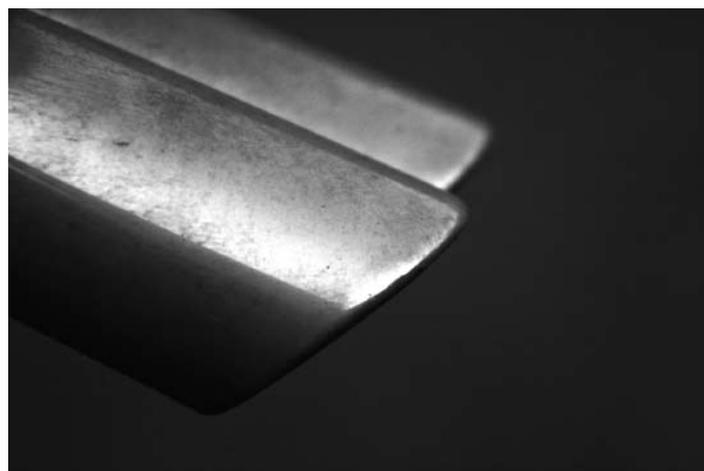
Rot-Grün setzt ab 2008 mit der Schaffung von Umweltzonen und strengen Standards für die darin fahrenden KFZ einen bundesweit beachtlichen Maßstab, um die Luftqualität in der hannoverschen Innenstadt zu verbessern. Somit wird nun endlich für Klarheit gesorgt, und zwar im Sinne des Gesundheitsschutzes. In die Umweltzone zwischen dem West-, Süd-, Messegelände und dem Sahlkamp dürfen dann keine Fahrzeuge mit höheren Rußemissionen mehr einfahren.

Bereits 1996 hatte die EU Vorgaben zur Luftqualität festgelegt, um schädliche Auswirkungen auf die Gesundheit und die Umwelt zu verringern. Nach einer ergänzenden Richtlinie von 1999 sollten zum 1. Januar 2005(!) Luftreinhaltepläne vorliegen, um die von der EU vorgegebenen Grenzwerte für gesundheitsschädliche Feinstäube durch KFZ-Verkehr einzuhalten. Dass in Hannover Handlungsbedarf bestand, muss allen Beteiligten weit vor der gesetzten Frist klar gewesen sein, gab es doch genügend Messergebnisse aus hochbelasteten Straßen wie Göttinger Straße, Vahrenwalder- und Sallstraße. Die Grüne Ratsfraktion hatte über verschiedene Ratsanfragen (Januar 2003, Juni 2004) auf den Handlungsbedarf gegen Feinstaub hingewiesen. Bereits 1993(!) wurde ein Antrag von SPD und GABL beschlossen, ein Konzept zur Entlastung der Göttinger Straße wegen Staub zu erarbeiten. Passiert ist dennoch nichts. Das für die Luftreinhalteplanung zuständige Land (schwarz-gelb regiert) verzögerte ein Einschreiten gegen Feinstaub weit über die gesetzte Frist hinaus. Erst zum Juni 2006 legte es einen Entwurf für den Luftreinhalte- und Aktionsplan

Hannover in Sachen Umweltzonen Vorreiter

Weg mit dem Feinstaub!

Grüne sorgen für verschärfte Anforderungen zugunsten der Gesundheit



Längst kein Statussymbol mehr: Der dicke Auspuff.

vor (siehe Kasten S. 2).

Vom verspäteten Zeitpunkt abgesehen, konnte diese Planung aus Grüner Sicht unterstützt werden. Mit der Rats-SPD wurde sich in der Koalitionsvereinbarung nach der Kommunalwahl auf eine positive Haltung hierzu geeinigt. Allerdings wollte rot-grün bereits ab 2008 statt 2010 ein Fahrverbot für LKW mit Abgaswerten schlechter als Euro 3-Norm. Doch so weit kam das Verfahren gar nicht: Die schwarz-gelbe Landesregierung bekam mit dem Aufschrei von Handwerk und Industrie weiche Knie, befürchtete Ärger im bevorstehenden Landtagswahlkampf und gab die Zuständigkeit für die Luftreinhalteplanung zum

April 2007 an die Kommunen und somit u. a. an die Stadt Hannover ab.

Der Grüne Umweltdezernent legte den Ratsgremien daraufhin ziemlich flott einen städtischen Entwurf zum Luftreinhalteplan (siehe Kasten S. 2) vor – allerdings für den Gesundheitsschutz bescheiden ambitioniert und sehr kompromissbereit zugunsten wirtschaftlicher Belange.

Demnach sollten die vom Land ursprünglich bereits für 2008 geplanten strengeren Standards im Prinzip erst 2010 erreicht werden. Die Drucksache hierzu durchläuft derzeit die städtischen Gremien. Rot-Grün hat sich jüngst auf

Fortsetzung: Seite 2

Liebe Freundinnen und Freunde!

Unübersehbar laufen die Vorbereitungen für die Landtagswahl am 27. Januar 2008 bei uns Grünen, aber auch bei den anderen Parteien auf Hochtouren. Die DirektkandidatInnen sind gewählt und unsere Landesliste wird am 23. Juni in Hitzacker aufgestellt. Ich wünsche unseren beiden Bewerbern für einen aussichtsreichen Platz, Enno Hagenah und Doris Klawunde, toi,toi,toi.

Unser Versuch, gemeinsam mit den anderen Parteien in der Region Hannover zu einer Begrenzung des Plakatierens zu kommen, ist leider gescheitert. Insbesondere im letzten Kommunalwahlkampf waren die Anzahl und die Art und Weise des Plakatierens von vielen Bürgerinnen und Bürgern eher als Belästigung denn als Motivation zur Wahlteilnahme wahrgenommen worden. Wir Grünen haben deshalb ein Bündel von Vorschlägen zur Verbesserung der unmittelbaren Bürgerbeteiligung und gegen die immer weiter sinkende Wahlbeteiligung erarbeitet (siehe Grüne Seiten Dez. 2006 oder unter www.gruene-hannover.de).

SPD und CDU waren in keiner Weise bereit die Plakatmaterialschlacht zu begrenzen, dies halten wir für sehr bedauerlich. Wir werden in den nächsten Monaten auch die auf Ebene der Kommunen und der Region umzusetzenden Vorschläge in die Räte einbringen und in keiner Weise locker lassen bei dem Versuch, mehr Menschen an der Politik zu beteiligen.

**Michael Pelke,
Regionsvorsitzender**



einen Änderungsantrag genehmigt, um die Auflagen zugunsten des Gesundheitsschutzes zu verschärfen. Vorrang sollen nicht der Autoverkehr und wirtschaftliche Belange haben, sondern der Gesundheitsschutz (siehe Kasten rechts). Mit solchen Standards wird Hannover Vorreiter in Sachen Schutz vor verkehrsbedingtem Feinstaub.

Eine saubere Sache ist es, wenn Dieselfahrzeuge nachträglich mit einem Rußpartikelfilter nachgerüstet werden können. In diesem Fall wird das Fahrzeug in seiner Schadstoffnorm hochgestuft. Dies wird mit einem Nachlass der KFZ-Steuer in Höhe von 330 Euro gefördert. Wo Nachrüstungen technisch nicht möglich sind, sind in begründeten Fällen Ausnahmen möglich. Dies gilt z. B. für Fahrzeuge von Gewerbebetrieben und Bewohner der Umweltzone.

Aus Grüner Sicht soll die Stadt bei Anschaffungen von eigenen Fahrzeugen Vorbild sein. Auf Grüne Initiative hin besteht daher bereits seit Juni 2005 ein einstimmiger Ratsbeschluss, bei Neuanschaffungen von Fahrzeugen schadstoffarme Motoren als verbindliches Ausschreibungskriterium festzulegen. Im Hinblick auf die Umweltzone läuft derzeit die Neubeschaffung von 120 städtischen Fahrzeugen für 3,5 Mio Euro an.

Nun ließe sich gegen Umweltzonen argumentieren: Die Ausgrenzung von „Stinkern“ bringe nichts, schließlich stamme lediglich ein geringer Anteil der Feinstäube aus dem Auspuff, entscheidend seien die lokale und regionale Hintergrundbelastung durch Industrie, Energieproduktion und Verkehr. Dem muss entschieden begegnet werden:

Der lange Weg zu sauberer Luft

Entwurf Luftreinhalte- und Aktionsplan des Landes von Juni 2006:

Zentrale Maßnahme: Umweltzone mit Fahrverboten für emissionsstarke Fahrzeuge. Ab Januar 2008 Fahrverbot für Diesel-PKW und leichte Nutzfahrzeuge schlechter Euro 3 (Fahrverbot ohne Plakette + rote Plakette) und für Nutzfahrzeuge > 3,5 t schlechter Euro 2, im Jahr 2010 Fahrverbote jeweils auch für die nächst höhere Schadstoffklasse.

Entwurf Luftreinhalte- und Aktionsplan der Stadt Hannover von April 2007:

Zentrale Maßnahme: Umweltzone mit Fahrverboten für emissionsstarke Fahrzeuge. Ab Januar 2008 Fahrverbot für Diesel-KFZ schlechter Euro 2 (Fahrverbot ohne Plakette), ab 2010 Fahrverbote auch für Diesel-KFZ schlechter Euro 3 (ohne Plakette + rote Plakette), ab 2012 Fahrverbot auch für Diesel-KFZ schlechter Euro 4 (ohne Plakette + rote + gelbe Plakette).

Rot-Grüne Verschärfung zum Luftreinhalte- und Aktionsplan der Stadt Hannover:

Fahrverbot in Umweltzone ab Januar 2008 für Diesel-KFZ schlechter Euro 2 – gemäß Vorschlag Stadtverwaltung, aber bereits ab Januar 2009 Fahrverbot für Diesel-KFZ schlechter Euro 3 – ein Jahr früher als Vorschlag Stadtverwaltung, bereits ab Januar 2010 Fahrverbot für Diesel-KFZ schlechter Euro 4 – zwei Jahre früher als Vorschlag Stadtverwaltung.

Park & Ride-Plätze sollen angepasst an die Umweltzone geschaffen und ausgeschildert werden.

- Die besonders feinen Feinstäube, die besonders gesundheitsschädlich sind, weil sie in Lunge und Bronchien gelangen können, stammen großteils aus dem Straßenverkehr.

- Die oft als Argument gegen Umweltzonen herangeführte Hintergrundbelastung entsteht nicht unerheblich auch durch Verkehr. Daher senkt die Umweltzone nicht nur die unmittelbare Feinstaubemission im Straßenraum, sondern auch die lokalen und regionalen Hintergrundbelastungen.

- Ein Pro Umweltzonen heißt im übrigen nicht, dass an anderer Stelle nicht zusätzlich gegen Feinstaub gehandelt werden muss: Nach wie vor sind Grüne aus Gründen der Luftreinhaltung und des Klimaschutzes gegen eine Beteiligung der Stadtwerke an einem Kohlekraftwerksneubau in Hessen. Selbstverständlich sind Grüne weiterhin für sonstige Maßnahmen zur Luftreinhaltung: Förderung von Fuß- und Radverkehr, ÖPNV, Jobtickets, Carsharing, Stadt der kurzen Wege bis hin zu Straßenbäumen, die staubige Luft ausfiltern.

- Die Umweltzone führt durch den Ausschluss von schlechteren Diesel-Motoren auch zu einer Senkung der Stickoxidemissionen. Ähnlich Feinstaub werden für diese zum Januar 2010 von der EU vorgegebene Grenzwerte einzuhalten sein.

Umweltfreundliche Taxis

Auf Grüne Initiative ist gerade ein rot-grüner Antrag zu umweltfreundlichen Taxis ins Verfahren gebracht worden. Taxis sind oft Dieselfahrzeuge. Ihre städtischen Fahrten summieren sich auf lange Strecken. Die Stadtverwaltung soll daher gemeinsam mit der verkehrsgewerblichen Fachvereinigung ein Informations- und Beratungsangebot für umweltfreundliche Taxis organisieren. Denkbar ist auch eine kommunale Förderung durch die Ermäßigung von Verwaltungsgebühren für die Genehmigung des Taxiverkehrs, wenn die Fahrzeuge schadstoffarm sind.

Fahrverbote

Für LKW von über 12 t Gesamtgewicht wurde durch das Land bereits weitgehend für das

Stadtgebiet ein Durchfahrverbot ausgeschildert, um Mautausweichverkehr zu verhindern. Es sollte geprüft werden, wieweit die Stadt Hannover im rechtlichen Zusammenhang mit den Umweltzonen ein Durchfahrverbot für Diesel-Nutzfahrzeuge, die größer sind als 3,5t im gesamten Stadtgebiet anordnen darf, eventuell analog zu den Fahrverbotskriterien für Diesel-KFZ innerhalb der Umweltzone.

EU-Forschungsprojekt

Wir begrüßen außerordentlich, dass Hannover als einer von drei Standorten in der EU ausgewählt wurde, am Forschungsprojekt FIDEUS teilzunehmen und Versuche in Richtung umweltfreundlicher Belieferungen durchzuführen. Durch verbesserte Logistik- und Transportprozesse sollen Verkehrs- und Emissionsbelastungen in der Stadt vermindert werden. Zur Entlastung von Fußgängerzonen wird in der City und der Limmerstraße ein sogenannter Elektro-Carrier ausprobiert. An der Vahrenwalder Straße werden deutlich gekennzeichnete Lieferflächen getestet, um das Parken in 2. Reihe zu reduzieren. Dieses Forschungsprojekt für Hannover ist ein kleiner Trost, weil ein grün initiiertes Ratsbeschluss von Juni 2002 für einen Gebührenvorteil für schadstoffarme Lieferfahrzeuge, die zum Befahren der Fußgängerzonen eine Ausnahme-genehmigung bezahlen müssen, bis heute nicht von der Verwaltung umgesetzt worden ist.

Kleines Einmaleins des Feinstaubs

Herkunft: Entsteht am Beispiel Göttinger Straße zu 30-40% durch Verkehr, die übrigen 60-70% aus der regionalen und insbesondere städtischen Hintergrundbelastung (wiederum Verkehr, auch Kraftwerke, Industrie, Hausbrand, Landwirtschaft); von den genannten 30-40% stammen ein Fünftel aus dem Auspuff und vier Fünftel aus Abrieb von Reifen, Bremsbelägen und Aufwirbelung von Straßenstaub.

Folgen: Gelangt durch die Atemwege in den Körper, führt zu Asthma und chronischer Bronchitis insbesondere bei Kindern und alten Menschen, zu Herz-Kreislauferkrankungen, verkürzt die Lebenserwartung um 10 Monate, jährlich sterben in Deutschland rund 14.000 Menschen an den Krankheitsfolgen.

Grenzwert der EU seit 1. Januar 2005: Tagesmittelwert von 50 µg darf pro Jahr maximal 35 Mal überschritten werden (in der Göttinger Straße wurde dieser Grenzwert in den Jahren 2002 bis 2006 zwischen 54 und 138 mal überschritten).

Feinstaub im Büro: Auch Drucker und Kopierer produzieren Feinstaub.

Michael Dette

michael.dette@hannover-rat.de



Aufgeheizt wurde das innenpolitische Klima im Vorfeld des G8-Gipfels durch bundesweite Razzien in linken Zentren. Als Sesam-öffne-dich für den polizeilichen Instrumentenkasten musste wieder einmal der § 129a (Unterstützung einer terroristischen Vereinigung) herhalten. Erprobt wurde die Akzeptanz einer neuen erkennungsdienstlichen Maßnahme, der „Geruchsprobe“. Mit der Aktion „Socken für Schäuble“ haben wir deutlich gemacht, dass solche Methoden stinken. Verurteilte Terroristen wird es auch diesmal kaum geben, der Mobilisierung zu den G8-Protesten haben diese überzogenen Maßnahmen Auftrieb gegeben. Auch wir Grünen waren mit unseren Ideen für Klimaschutz und gerechte Globalisierung auf der zentralen Demo, in den Sitzblockaden und auf dem G8-Alternativgipfel präsent.

Pat Drenke und ich waren die ganze Gipfel-Woche auf der anderen Seite des Zaunes unterwegs.

Gewalt und Desinformation

Unter dem Motto „Eine andere Welt ist möglich“ beteiligten sich die Grünen an der zentralen Demo am 2. Juni in Rostock (siehe Bericht S. 5). Vorbei mit der ausgelassenen Stimmung war es, als militante Autonome die Polizei mit einem Steinhagel angriffen. Steine auf Polizisten sind menschenverachtend, dass wir uns von dieser Gewalt klar distanzieren, muss bei den Grünen nicht diskutiert werden. Die stündlich von den Radiosendern wiederholten Nachrichten von 1000 Verletzten, davon über 400 verletzten PolizeibeamtInnen, führten auf der Rückreise im grünen Protestbus zu einer gedrückten Stimmung.

Es war die Pressestelle der polizeilichen Einsatzleitung KAVALA, die diese Zahlen von Verletzten den ganzen Tag verbreitete. Erst am Dienstag räumte die Pressestelle der Polizei ein, dass sich ein Polizeibeamter in stationärer Behandlung im Krankenhaus befindet. Zwischenzeitlich forderte die SPD den Einsatz von Gummigeschossen, Polizeigewerkschaften kommentierten: „Chaoten wollen Krieg“ und Politiker der Union riefen nach der GSG9.

Die Stimmungsmache mit gezielten Falschmeldungen wurde auch in den kommenden Tagen

Auf der anderen Seite des Zauns

Hannovers Grüne Bundestagsabgeordnete Silke Stokar berichtet von einer Woche G8-Protest



Silke Stokar am umstrittenen Sicherheitszaun

fortgesetzt. Die bei der G8-Protestbewegung so beliebte „Clowns' Army“, die mit ihren Auftritten immer wieder für entspannte Stimmung sorgte, sollte nach Aussage des Pressesprechers der Polizei mit einer ätzenden Flüssigkeit acht Polizisten verletzt haben. Nichts davon ist wahr. In den Wasserpistolen war nur Wasser. Zwei Polizeibeamte waren in Kliniken untersucht worden, das Reizklima der Ostsee und die intensive Sonneneinstrahlung hatten offensichtlich zu Hautrötungen geführt. So wird aus einem Sonnenbrand ein „chemischer Angriff“, auch das ist unverantwortlich und erinnert an Staatssicherheits-Propaganda.

Käfighaltung und Spähpanzer

Die Busfahrt zu einer angemeldeten und genehmigten Kundgebung am Rostocker Flughafen endete für die DemonstrantInnen in der Gefangenenansammelstelle. Der einzige gefährliche Gegenstand, der bei der Durchsuchung des Busses gefunden wurde, war ein zur Vermummung geeignetes Tuch. Ganz offensichtlich diente diese Gewahrsamnahme der Auffüllung der Statistik. Genau 11 Stunden wurden die meist Jugendlichen in den Käfigen der Gefangenenansammelstelle

festgehalten. Ab 12 Stunden ist ein Festhalten ohne Begründung und ohne rechtliche Überprüfung nicht haltbar. Zu Recht wird diese menschenunwürdige Form der Freiheitsentziehung ein juristisches Nachspiel haben.

Ein ungewohntes Bild auf unseren Rundreisen zwischen den Sitzblockaden und Demonstrationen waren die zahlreichen Feldjäger-Autos. Geradezu erschreckend war es, als plötzlich Spähpanzer der Bundeswehr auftauchten. Ganz offensichtlich hat Schäuble seinen „Einsatz der Bundeswehr im Inneren“ erprobt. Friedliche DemonstrantInnen sind keine feindliche Truppenbewegung, der G8-Gipfel war weder ein besonders schwerer Unglücksfall noch eine Naturkatastrophe. Wir werden im Bundestag sehr genau prüfen, ob die Bundeswehr verfassungswidrig zum Ausspähen von Demonstrationen eingesetzt worden ist.

„Die Welt geht unter. Klingt komisch – ist aber so“

Am Dienstag war die Fahrt mit dem Auto nur schwer möglich. Alle Straßen von Rostock in Richtung Heiligendamm waren fest in polizeilicher Hand. Die Wiesen, Felder und Wälder gehörten allerdings den G8-Blockierern. Zu spät realisierte die

Polizei, dass Tausende im freien Gelände unterwegs waren. Als das Bundesverfassungsgericht am frühen Nachmittag, das Versammlungsverbot in der zweiten Sicherheitszone bestätigte, saßen über 10.000 Menschen in dieser Verbotszone und riefen: „über das Versammlungsrecht bestimmt das Volk“. Alle Wege nach Heiligendamm waren kurzzeitig blockiert, der unheilige Gipfel war nur noch mit dem Schiff und aus der Luft erreichbar. Super war die Grüne Jugend, die sich mit unglaublicher Energie Tag und Nacht von Dienstag bis Freitag an der friedlichen Sitzblockade beteiligte. Neben dem Happening auf der Straße blieb Zeit für die inhaltliche Auseinandersetzung mit der G8-Politik.

In Frage gestellt wurde die Legitimität des G8-Treffens. Die G8-Staaten repräsentieren nur 13 Prozent der Weltbevölkerung, sie verfügen über 64 Prozent des Bruttosozialproduktes dieser Welt, sie verursachen 64 Prozent der umweltschädlichen Klimagase und verantworten 90 Prozent der weltweiten Rüstungsausgaben. Waren sich die G8-Staaten vor zwei Jahren noch einig, dass alle infizierten Menschen Zugang zu HIV-Medikamenten haben müssen, reicht das in Heiligendamm beschlossene Geld höchstens für die Behandlung von 50 Prozent der AIDS-Infizierten. Der IPCC-Bericht zum Klimawandel lässt keinen Zweifel, der Klimawandel kommt nicht irgendwann, wir sind bereits mittendrin. Es als Erfolg zu verkaufen, dass jetzt „ernsthaft in Erwägung“ gezogen wird, die schädlichen Klimagase bis 2050 um die Hälfte zu reduzieren, empfinden die meist jugendlichen G8-Blockierer als Zynismus. Sie wissen, es geht um die Lebensgrundlagen ihrer Generation. Das Vertrauen in die Lösungskompetenz der „großen Politik“ tendiert gegen Null. Diese junge Protestbewegung wird sich nicht mit Medieninszenierungen abspesen lassen. Ihre Forderungen lassen sich nicht unter den roten Teppich kehren. Die Bundesregierung der Großen Koalition wird eine Antwort darauf geben müssen, welchen Beitrag zur Lösung sie in dieser Legislaturperiode bis 2009 leisten wird.

Silke Stokar

silke.stokar@
wk.bundestag.de



Enno Hagenah

Kandidat für einen aussichtsreichen Platz auf der Landesliste und Direktkandidat im Wahlkreis 28 (Hannover-Mitte)

Ich kandidiere in Hannover Mitte, weil dieser Wahlbezirk in mehrfacher Hinsicht für mich etwas Besonderes ist und hier wichtige Wurzeln meines politischen Handelns liegen. Einige Beispiele:

- Hier befinden sich erfolgreiche Wohnraumbauinitiativen gegen Verdrängung und Mietwucher wie die Mietergenossenschaft WOGÉ oder die Sprengel Kofferfabrik.

- Ein Highlight unserer Soziokultur, den Pavillon schätze ich seit seiner „Gründung“, die ich aus direkter Nachbarschaft am Weiße Kreuz Platz miterleben konnte.

- Bildung und Integration für vorher Ausgegrenzte bietet hier seit Anfang der 80er die Werkstatt-Schule.

- Innovativer Mittelpunkt der Beteiligungskultur in Hannover ist das Bürgerbüro Stadtentwicklung... usw...

Wegen der vielen grünen Akzente und Projekte, reizt es mich besonders, den Mitbewerbern der anderen Parteien gerade hier Paroli zu bieten. Die Abgrenzung gegen den CDU- Kandidaten Joachim Albrecht ist für mich am schärfsten bei seinen gestrigen Positionen zur Schulpolitik und der fehlenden Integrationsbereitschaft gegenüber Migranten mit offenem Aufenthaltsstatus. Auch zum SPD-Kandidaten Stefan



Schostok, bisher kommunalpolitisch in Isernhagen aktiv und Bezirksgeschäftsführer der SPD, gibt es klare inhaltliche Kanten. Das demografieblinde Festhalten an alten Frühverrentungsideen und die Inkonsequenz der SPD beim Klimaschutz, insbesondere im Verkehrsbereich, sind nicht zukunftsfähig.

Ich freue mich auf interessante Veranstaltungen und Aktionen mit den aktiven Stadtteilgruppen aus dem Wahlkreis, weil von dort sicher viele gute Ideen für einen erfolgreichen Wahlkampf im Herbst und Winter 07/08 kommen werden.

**Enno.Hagenah@
lt.niedersachsen.de
www.enno-hagenah.de**

Doris Klawunde

Kandidatin für einen aussichtsreichen Platz auf der Landesliste und Direktkandidatin im Wahlkreis 30 (Lehrte)



Liebe Grüne, meine vielseitigen politischen Kompetenzen und meine Kraft möchte ich mit Euch gemeinsam für einen erfolgreichen Wahlkampf einsetzen. Schwarz-Gelb hat unser Land nicht voran gebracht!

Klimaschutz, Soziales, Gesundheit und Bildung werden meine Schwerpunkte sein.

- Wir brauchen eine niedersächsische Neue Schule, die allen Kindern die Chance und den Rahmen für ein erfolgreiches Lernen gibt.

- Wir brauchen einen Ausbau der Kinderbetreuung, keine Aufbewahrung. Kitas sind Bildungseinrichtungen!

- Wir müssen den Ausbau erneuerbarer Energien mit Volldampf vorantreiben!

- Wir brauchen jetzt ein Klimaschutzprogramm mit konkreten Umsetzungszielen.

- Wir fordern den Aufbau von Gesundheitszentren, eine flächendeckende PatientInnen-Versorgung und Prävention.

Liebe Grüne,
ich freue mich auf einen heißen Wahlkampf.

Dieses Land braucht eine starke grüne Politik!

**DorisKlawunde@aol.com
www.doris-klawunde.de**

Auf der LDK in Hitzacker werde ich mich um einen aussichtsreichen Listenplatz bewerben. Dafür habe ich das Votum der letzten Mitgliederversammlung erhalten und danke Euch herzlich für Euer Vertrauen.

Ich habe unsere Partei mitgegründet und in den letzten Jahren verschiedenste Funktionen und Ämter wahrgenommen.

OV-Sprecherin in Sehnde und Lehrte, Ratsfrau und stellvertretende Bürgermeisterin in Lehrte, Kreistagsabgeordnete, seit 2001 Regionsabgeordnete, stellvertretende Fraktionsvorsitzende, Sprecherin für Soziales, Gesundheit und Integration und Vizepräsidentin der Region Hannover.

Mach mit beim Wahlprogramm!

Zur Landtagswahl 2008 bietet der niedersächsische Landesverband der Grünen etwas in Niedersachsen bisher Einmaliges an: Alle Interessierten haben die Möglichkeit, ihre Meinung und Sachkompetenz einzubringen und das Wahlprogramm der niedersächsischen Grünen im Vorfeld zu diskutieren. Hierzu wurde ein Internetforum eingerichtet, in dem die Schwerpunkte des Programmentwurfs zur Diskussion stehen. Unter www.niedersachsen-denkt-gruen.de kann mitdiskutiert werden.

„Erstmals diskutieren wir damit zentrale Punkte unseres Wahlprogramms nicht nur intern, sondern stellen uns schon in der Entstehungsphase der öffentlichen Diskussion“, sagt die grüne Landesvorsitzende Dorothea Steiner, „wir hoffen damit den direkten Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern zu verstärken.“

Die Zeit zur Teilnahme ist allerdings begrenzt. Da alle Diskussionsbeiträge in den Programmentwurf einbezogen werden sollen, bleibt das Forum nur bis Ende Juli geöffnet. Wer also etwas zum

Wahlprogramm beitragen möchte, sollte nicht zu lange damit zögern. Und beitragen kann mit Sicherheit jede(r) etwas zu einem der Programmschwerpunkte „Klima- und Umweltschutz“, „Kinder und Wissen“ und „Demokratie, Gerechtigkeit und Integration“. Die Teilnahme am Forum funktioniert so:

Unter www.niedersachsen-denkt-gruen.de/register.php registrieren. Nach kurzer Zeit erhaltet ihr eine Bestätigungsmail (dies kann eine Weile dauern). Nun könnt ihr euch direkt an-

melden (ganz unten auf der Startseite) und direkt die einzelnen Unterkapitel anwählen und diese entweder unter „Text Programmschwerpunkte“ noch einmal nachlesen, oder direkt unter „Neues Thema“ eure Anmerkung zu dem Unterkapitel schreiben. Auf euer Thema können dann andere direkt antworten oder wiederum ein neues Thema schreiben.

Wer Fragen hat, meldet sich bei Pressesprecher Enno Isermann unter presse@gruene-niedersachsen.de

Eleni Mourmouri

Direktkandidatin im Wahlkreis 24 (Hannover-Döhren)

Ich bewerbe mich um ein Direktmandat dort, wo ich seit 36 Jahren zuhause bin.

Der Wegweiser für meine langjährige politische Arbeit ist das Bestreben nach demokratischer Teilhabe sowie Engagement für Hannover. Die Grundlage für gesellschaftliche und politische Beteiligung ist Bildung.

Das Land Niedersachsen muss allen Kindern eine umfassende, ihre Potenziale fördernde und ihre Persönlichkeit unterstützende Bildung gewährleisten. Die Teilhabe in der Wissensgesellschaft

und der demographische Wandel erfordern die Umsetzung der neunjährigen gemeinsamen Schule.

Unser Einsatz für den Klimaschutz, für die Stärkung zentraler Orte und ihre Erreichbarkeit mit dem ÖPNV, für ressourcenleichte Wirtschaften und den Schutz der Umwelt macht uns glaubwürdig. Ich will einen engagierten Wahlkampf führen, für GRÜNE ein gutes Ergebnis im Südosten Hannovers erzielen und so zum notwendigen Politikwechsel in Niedersachsen beitragen.



eleni.mourmouri@gruene-niedersachsen.de
www.eleni-mourmouri.de

Martina Weiß

Direktkandidatin im Wahlkreis 25 (Hannover-Buchholz)

Gerne möchte ich mich Euch als Direktkandidatin im Wahlkreis 25 vorstellen: In der grünen Parteipolitik bin ich relativ neu, aber seit vielen Jahren gesundheits- und frauenpolitisch aktiv: Ich bin u.a. Mitbegründerin und Beirätin des Frauen- und Mädchengesundheitszentrums Hannover und sehr aktiv in verschiedenen Netzwerken zu Gesundheits- und Frauenthemen. Als Ärztin und Psychotherapeutin leite ich eine psychosoziale Beratungsstelle in Hannover-List. Meine politischen Schwerpunkte

liegen in den Bereichen Frauen, Familie, Gesundheit und Soziales. Mein Ziel ist es, fachliche Kenntnisse und vielfältige Erfahrungen in diesen Bereichen in die politische Arbeit einzubringen und im Sinne grüner Politik einen Beitrag zu leisten zur Verbesserung der Angebote im Gesundheits- und Sozialbereich sowie zur Förderung aktiver Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger Niedersachsens an ihrer gesundheitlichen und sozialen Situation. Ich freue mich auf einen kreativen und spannenden Wahlkampf.



martina.weiss@btz-hannover.de

Jörg Schimke

Direktkandidat im Wahlkreis 26 (Hannover-Linden)

Der niedersächsische Landtag braucht ein Fitnessprogramm: Grün. Denn Grün bringt Bewegung statt Bequemlichkeit. Grün macht es sich und anderen nicht einfach, aber einfach besser. In der Umwelt- und Energiepolitik haben wir das schon bewiesen. Gemeinsam mit euch will ich im Landtagswahlkampf das Prinzip Grün auch im Brennpunkt Wirtschaft-Arbeit-Soziales nach vorne bringen. Meine Motivation ist eine Grüne Marktwirtschaft, konsequent sozial und bedingungslos solidarisch. Dahinter steht mein Respekt vor dem

Menschen als Individuum. Denn wenn wir Gerechtigkeit, Teilhabe und Demokratie konsequent zu Ende denken, müssen wir einige Weichen neu stellen. Unser soziales Profil zu schärfen ist aber nicht nur eine Frage, wie ernst wir es mit Würde, Teilhabe und Integration meinen. Grüne Antworten auf soziale Fragen entscheiden auch, welche Rolle Grüne Politik künftig überhaupt spielen kann: Bei aller Freude über die aktuell guten Werte bei der „Sonntagsfrage“: Wir müssen auch zur Kenntnis nehmen, dass Grün inzwischen „Links“ überholt worden ist.



joerg.schimke@googlemail.com

Regionsgrüne demonstrierten in Rostock

Zentrale Kundgebung gegen den G8-Gipfel am 2. Juni



Ein voll besetzter Bus aus Hannover fuhr am 2. Juni nach Rostock, um dort an der zentralen Kundgebung gegen den G8-Gipfel teilzunehmen. Gemeinsam mit Grünen aus dem ganzen Bundesgebiet bildete die Delegation aus Hannover den Klimaschutzblock, dem unter anderem auch Greenpeace und der BUND angehörten.

Zehntausende Menschen zogen in einem bunten Zug zum Rostocker Stadthafen. Entsetzen machte sich breit, als der autonome Block begann die Polizei anzugreifen. Einhellig wurde dieser Gewaltausbruch verurteilt. Zumal allen klar war, welche Bilder über die Medien in die Welt gehen würden. Dabei sollte an diesem Samstag zum Auftakt der Protestwoche gegen den G8-Gipfel eine andere Botschaft um den Globus gehen: Wir sind uns unseres Reichtums bewusst und sind bereit davon abzugeben. Nicht die acht mächtigsten Regierungen der Welt sollen in Zukunft über das Gesicht der Welt bestimmen, sondern die Vereinten Nationen. Das wurde mit fantasievollen Aktionen und Transparenten tausendfach untermauert. In den Reden auf der Kundgebung wurden die Forderungen der Demonstranten bekräftigt. Der Protestbus des grünen Regionsverbandes kam am späten Abend wohlbehalten in Hannover an. Mitglieder der grünen Jugend blieben in Rostock, um an den Workshops und Blockaden vor Heiligendamm dabei zu sein.

Dieter Albrecht
d.albrecht@htp-tel.de



17. Ökomarkt in der Wedemark

Forum für viele unterschiedliche alternative Angebote



Der Ökomarkt auf dem historischen Amtshof in Bissendorf

Die Grünen der Wedemark hatten zu ihrem 17. Ökomarkt eingeladen und 23 AusstellerInnen waren gekommen. Informationsstände hatten die örtlichen Organisationen von NABU, AI, Greenpeace, die Umweltschutzbeauftragte der Gemeinde, eine Initiative gegen Gentechnik, Naturstrom, Wasseraufbereitung, Geopathologie und natürlich die Grünen selbst aufgebaut. Es gab viele Stände mit Bioprodukten und vegetarischem Essen, angeboten wurden auch pflanzengegerbte Lederwaren, Textilien, Pflanzen und handgetöpferte Keramik. Für die Kinder hatten wir die Natur- und Wildnisschule und ein Ponyreiten organisiert, die private Musikschule der Wedemark stellte sich vor und untermalte unseren Markt die ganze Zeit mit Musik auf vielen verschiedenen Instrumenten. Unterstützt wurden wir von Anne Dalig und Enno Hagenah, die sich mit örtlicher Presse und Polit-Prominenz unterhielten. Danke! Und als Ausrufezeichen hatten wir Toyota Wedemark mit einem Hybridauto eingeladen.

Wir hatten viele begeisterte BesucherInnen und hörten von allen, die beteiligt waren, dass sie sehr froh sind, sich auf dem Ökomarkt präsentieren zu können.

Der Grüne OV Wedemark möchte seine langjährige Erfahrung beim Organisieren des Ökomarktes gerne mit anderen Ortsverbänden teilen. Interessierte melden sich bitte bei Angela Klingrad.

Angela Klingrad

klingrad.angela@uediger
@t-online.de



Pat Drenske

Direktkandidat im Wahlkreis 27 (Hannover-Ricklingen)

Seit 2002 bin ich bei der Grünen Jugend Hannover aktiv. Über mein Engagement dort, im Landesvorstand der GJ Niedersachsen und dem Bundesfachforum Ökologie kam ich schließlich Ende 2005 zu den Grünen.

Dort engagiere ich mich für mehr „auf die Straße gehen“, mehr Nähe zu den BürgerInnen und mehr Vernetzung mit der Friedens- und Umweltbewegung. Politik auf praktischer Ebene erfare ich seit Oktober 2006 im Bezirksrat Nord. Kurz darauf wurde ich auch in den Stadtvorstand der

Grünen gewählt. Inhaltlich geht es mir vor allem um „die Eine“. Die Ökologie. Umweltpolitik ist das Thema, bei dem die Grünen das meiste Vertrauen genießen und bei dem es CDU, FDP und Co. nicht besser verdient haben, als mangels kompetenten Personals völlige Taugenichtse wie Gabriel oder Sander ins Rennen schicken zu müssen. Der Grüne Wahlkampfaufruf lautet, dies den Bürgerinnen und Bürgern immer wieder klar zu machen. In diesem Sinne: Der Landtag soll grüner werden. Packen wir es an!



patrick.drenske@gj-nds.de

Britt Wischhusen

Direktkandidatin im Wahlkreis 29 (Latzten)

Moien, ich bin Britt Wischhusen, 1967 in Oldenburg geboren, und lebe in Latzen. Ich verbrachte drei erlebnisreiche Jahre im Ausland. Zwei in den USA, ein Jahr in Australien.

Als Erzieherin war ich sechs Jahre in Hannover tätig und studierte Sozialpädagogik, mit dem Schwerpunkt „Ökologie im sozialen Zusammenhang“. Meine Kinder sind drei und fünf Jahre alt. Die oberste Notwendigkeit unsere Natur zu schützen motivierte mich bei Bündnis90/Die Grünen aktiv Politik zu machen.

Besonders die desolate Verkehrspolitik in den Städten möchte ich verändern.

Der motorisierte Individualverkehr zerstört unsere Lebensgrundlage, die Natur, und ist für die schlechte Lebensqualität innerhalb der verkehrsreichen Zonen auch in der Region Hannover verantwortlich. Ich fordere, dass Kinder und Erwachsene in einer Stadt mit sauberer Luft, ohne ständige Lärmbelästigung und ohne Lebensgefahr durch die vielen Autofahrten unbeschwerter aufwachsen bzw. leben können.



brittwisch@gmx.de

Michael Horn

Direktkandidat im Wahlkreis 31 (Langenhagen)

Ich bin 46 Jahre alt und Diplomat-Geologe von Beruf. Zusammen mit meiner Frau und unseren drei Kindern wohne ich seit einem Jahr in Kaltenweide im Weiherfeld.

Meine politischen Schwerpunkte sind Bildung, Integration und Umwelt.

Zu diesen Themen habe ich aufgrund meines Berufs, meines politischen Engagements und durch mehrjährige Auslandsaufenthalte in Indien und den USA einen geschärften Blick und eine besondere Nähe.

Darüber hinaus will ich mich auch besonders für eine Verringerung der vom Flughafenbetrieb ausgehenden Belastungen einsetzen. Hierzu könnte ich mir einen „Nachbarschaftsdialog“ zwischen den betroffenen Anwohnern und der Flughafenleitung vorstellen.

Dabei handelt es sich um ein bewährtes Mediationsverfahren, dass ich bereits in Hannover-Misburg, meinem früheren Wohnort, erfolgreich angestoßen und moderiert habe.



MJHornConsult@
compuserve.de

Anne Dalig

Direktkandidatin im Wahlkreis 32 (Garbsen/Wedemark)

Meine Beweggründe für die Kandidatur:

Themen, die uns in den nächsten Jahren stark beschäftigen werden sind der Klimaschutz und der ständig zunehmende Lärm, in einem beträchtlichen Teil unseres Gebietes, besonders der Fluglärm.

Umweltpolitik ist eine Querschnittaufgabe und muss gleichberechtigt mit Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik behandelt werden, denn aus fortschrittlichem Umweltschutz erwachsen viele neue Arbeitsplätze. Wir müs-

sen dabei stark auf erneuerbare Energien setzen, ein Weitermachen so wie bisher kann und darf es nicht mehr geben.

Es darf keinen Ausstieg aus dem Ausstieg geben, Atomkraft ist und bleibt im höchsten Maße eine Risikoenergie. Die Endlagersuche muss aktiv vorangetrieben werden, Niedersachsen als Atomklo kann ich nicht akzeptieren.

Neben Umweltthemen wie Lärmreduzierung und Klimaschutz sind meine Politischen Schwerpunkte Kinder und Jugendliche und Migration.



annedalig@arcor.de

Die Grüne Leinwand

Hannöversches Heißgetränk und Schwermetall aus Schleswig-Holstein: Espresso von der Leine und Heavy Metal als Heimatfilm



Full Metal Village: Heavy Metal trifft auf Land-Idylle.

Im Juni präsentiert die Grüne Leinwand „Espresso“. Trotz des südländischen Klangs ein echt hannöverscher Film: Burhan Uzunyayla – der Macher von „Espresso“ – hat an der FH Hannover Film studiert, lebt und arbeitet in Hannover, der Film wurde auch hier produziert. In der abgedrehten Underground-Kriminalkomödie erleben wir die lebensmüde Frau Kasulke, einen narkoleptischen Drogendealer, einen erfolglosen Schauspieler mit Ambitionen, ein Date mit Hindernissen... Eine böse Komödie, die das Publikum schon auf vielen Filmfestivals amüsierte.

Der Spaß beginnt am Mittwoch, 20.06. um 20.15 Uhr im Apollo Kino.

In „Full Metal Village“ zeigt uns die koreanische Filmemacherin Sung Hyung Cho ihre Notizen aus der deutschen Provinz: Einmal im Jahr fallen Horden von Heavy Metal Fans headbangend zum Open Air in das beschauliche Dorf Wacken ein. Der „Zusammenprall der Kulturen“ präsentiert sich als durchaus respektvoller Umgang miteinander. So geht's also auch. Die Feuilletons überschlugen, die Preise häufen sich. Oder auch frei nach dem Motto des Films: „So macht Dokumentarfilm Spaß“. Apollo Kino, Dienstag, 03.07. um 18 Uhr.

Jörg Schimke

jorg_schimke@yahoo.de



Hannelore Heidecke

Direktkandidatin im Wahlkreis 34 (Barsinghausen)

Mein Interesse an einer Kandidatur beruht auf meiner persönlichen Lebenserfahrung: Ich bin 55 Jahre alt, verheiratet, und wohne in Barsinghausen-Egestorf. Früher zeitweise allein erziehend, im VAMV engagiert, während der Schulzeit meiner Kinder (IGS) in der Elternvertretung. Jetzt verheiratet, Patchwork-Familie mit vier (erwachsenen) Kindern und drei Enkelkindern, ehrenamtliche Betreuerin für einen geistig Behinderten. Diplom-Verwaltungswirtin (FH) im Finanzministerium. Eintritt

bei Bündnis 90/Die Grünen in Hannover 2003, dann Mitglied in Ronnenberg, seit 2006 in Barsinghausen, hier Vorstandsvorsitzende, Mitglied im Regionsparteierrat, Mitarbeit in den LandesAGen Soziales, Frauen und Gesundheit (stellvertretende Sprecherin), Delegierte bei Landes- und Bundesparteitagen. Meine politischen Schwerpunkte sind Kinder- und Jugendpolitik, Frauenpolitik, Gesundheitspolitik, Pflege- und Behindertenrecht, Sozialpolitik sowie die Föderalismusreform und der Klimaschutz.



huh.heidecke@freenet.de

Anja Möhring

Direktkandidatin im Wahlkreis 35 (Springe)

Ich trete als Direktkandidatin an, weil ich viele Menschen überzeugen möchte, ihre Stimme den Grünen zu geben und die Landesregierung abzulösen. Eine Herausforderung dieses Wahlkampfes wird sein, zu verdeutlichen, dass Klimawandel mehr ist als ein Modethema. Plötzlich versucht sogar die CDU grüner zu sein als wir. Gleichzeitig nahm sie aber die Kürzung der Regionalisierungsmittel und damit eine erhebliche Verschlechterung im ÖPNV in Kauf. Das teilweise Einlenken der Landesregierung ist sicherlich der anstehenden

Wahl zu verdanken und ein Erfolg für unsere Aktionen, mit denen wir die Verlogenheit der CDU aufgezeigt haben. Ein weiterer Schwerpunkt ist für mich der Bereich Bildung. Das dreigliedrige Schulsystem ist in hohem Maße integrationsfeindlich, sowohl was Kinder mit Migrationshintergrund angeht als auch für Kinder aus den sog. bildungsfernen Schichten. Ich trete für die Möglichkeit der Ganztagsbetreuung von Krippe über Kindergarten, Hort bis zur Schule ein. Die Studiengebühren müssen in jedem Fall wieder abgeschafft werden.



anja.moehring@web.de

Datenschutzpapier

Anlässlich der Verabschiedung des Datenschutzpapiers „Datenschutz als Fundament der Informationsgesellschaft“ durch die Fraktion, erklärt Silke Stokar, innenpolitische Sprecherin: Wir haben ein Positionspapier mit grundlegenden Vorschlägen zur Modernisierung des Datenschutzes verabschiedet. (http://www2.stokar.de/uploads/2007_05_23_beschluss_datenschutzpapier.pdf) Wir wollen u.a., dass Deutschland durch Standardsetzung im Datenschutz eine Vorreiterrolle übernimmt. Technische Datensicherheit „made in Germany“ muss eine bekannte und begehrte Marke werden. Hier liegen Chancen für Existenzgründer und für attraktive zukunftsfähige Arbeitsplätze. Datensicherheit im Internet-Zeitalter ist ein globaler Zukunftsmarkt.

Neuorganisation bringt nicht mehr Sicherheit

Der Wegfall der deutschen Außengrenzen durch die EU-Osterweiterung, der Aufbau des gemeinsamen europäischen Grenzschutzes Frontex und die zunehmenden Auslandsmissionen der Bundespolizei erfordern eine umfassende inhaltliche Reform. Die Neuorganisation gibt auf wesentliche inhaltliche Fragen keine Antwort. Flächendeckend sollen Bundespolizeikriminalämter geschaffen werden, offen bleibt, auf welcher Rechtsgrundlage die Bundespolizei hier ermitteln soll. Schon heute wird ein Großteil der Erstermittlungen der Bundespolizei, die sich aus der Kontrolltätigkeit ergibt, an die Länder abgegeben, weil diese zuständig sind. Hier entsteht der Verdacht, dass durch die Neuorganisation Fakten für eine Aufgabenerweiterung geschaffen werden sollen. Gleichzeitig zieht sich die Bundespolizei bei ihren originären Aufgaben, der Sicherheit im Bahnverkehr, aus der Fläche zurück. Dies bedeutet, dass es zukünftig auf zahlreichen Bahnhöfen in den Abend- und Nachtstunden keine Polizei mehr auf den kleineren Bahnhöfen geben wird. Hier sehen wir einen Verlust an Sicherheit im Bahnverkehr. Ein Konzept des BMI für Auslandsmissi-

onen der Bundespolizei fehlt. Offensichtlich gibt es im BMI keine Vorstellungen, wie zum Beispiel der Polizeiaufbau in Afghanistan gestärkt werden kann, außer dass Bundesinnenminister Schäuble die Freiwilligkeit für Auslandseinsätze der Polizei aufheben will. Die Passagierkontrollen auf Flughäfen weisen erhebliche Sicherheitslücken auf. Bundesinnenminister Schäuble baut Doppelstrukturen zu den Zuständigkeiten der Länder auf und vernachlässigt gleichzeitig die hoheitlichen Aufgaben der Luftsicherheit und Bahnsicherheit, die in seinen Zuständigkeitsbereich fallen. Die Sicherheitsbehörden des Bundes müssen in Berlin in Regierungs- und Parlamentsnähe vertreten sein. In Berlin gibt es ein Angebot an geeigneten Liegenschaften, warum soll hier ein unnötiger Pendelverkehr organisiert werden? Zum gemeinsamen europäischen Grenzschutz Frontex, ist von Silke eine Anfrage an die Bundesregierung geplant.

Schnüffelstaat

Zu Schäubles Vorschlag, Geruchsproben von G8 Kritikern abzunehmen erklärt Silke: „Der G-8-Protest stinkt Bundesinnenminister Schäuble offensichtlich ganz gewaltig, von G-8-Kritikern lässt er jetzt Geruchsproben nehmen. Diese bislang nur von der Stasi bekannte Methode gegen ehemalige Regimekritikerinnen und -kritiker soll offensichtlich zur Standardmethode der Beweissicherung gemacht werden. Wir sagen, das geht entschieden zu weit. Der eigene Körpergeruch ist ein sehr intimes Kennzeichen, wie ich rieche, geht den Staat nichts an. Mit dieser Schnüffelmethode wird die Menschenwürde verletzt. Wir fordern die Bundesregierung auf, diese Schnüffelpraxis umgehend einzustellen.“

Politische Bildungsfahrt nach Berlin

Die nächste politische Bildungsfahrt nach Berlin findet vom 19.- 21. September statt, bei Interesse bitte im Wahlkreisbüro (Kontakt: s.u.) anmelden.

Eure Silke Stokar
silke.stokar@wk.bundestag.de
 Tel.: 0511 30 66 52



Klimaschutz für alle!

Mit vielen Ständen, Aktionen und Veranstaltungen haben Grüne in der Region bunte Kampagnentage gestaltet.

Im Rahmen der Kampagne „Klimaschutz für alle!“ fanden rund um den Jahrestag von Tschernobyl (26. April) und den Tag der Erneuerbaren Energien (29. April) bundesweit grüne Aktionstage statt. Natürlich waren auch in der Region Hannover überall die grünen Ortsverbände, Stadtteilgruppen, Fraktionen, die Grüne Jugend und Campus Grün aktiv. Mit zahlreichen Aktionen und Veranstaltungen wurden bunte Aktionstage gestaltet. Von Barsinghausen bis Linden, von Isernhagen bis Döhren-Wülfel gab es über 20 Info- und Aktionsstände, mit denen wir über den Klimawandel informiert und für eine konsequente grüne Klimapolitik geworben haben.

Hannovers CO2-Bilanz

Den Auftakt bildete am 18. April eine Info- und Diskussionsveranstaltung zur Klimaschutzbilanz der Landeshauptstadt im Freizeithaus Linden. Der grüne Umwelt- und Wirtschaftsdezernent Hans Mönninghoff stellte dazu die aktuelle Bilanz Hannovers vor und diskutierte mit Ralf Strobach von der Bürgerinitiative Umweltschutz und Jens Allerheiligen, Aufsichtsratsvertreter der Stadtwerke, über die Herausforderungen und Möglichkeiten der zukünftigen Klimaschutzpolitik in Hannover.

Trittin an der Leibniz-Universität

Die Grüne Hochschulgruppe lud am 25. April in die Uni zu einer Info- und Diskussionsveranstaltung mit Jürgen Trittin. Dieser hielt einen Vortrag zur Zukunft der globalen Energieversorgung. Anschließend stellte er sich den Fragen und Diskussionsbeiträgen der rund 70 Gäste. Von Grundsatzdiskussionen zu den Grenzen des Wachstums bis zur Rolle der Grünen zwischen Bürgerbewegung und Regierungspartei wurde Jürgen ordentlich gefordert. Jedoch hatte er selbst zur



Infostand am Kröpcke

Nachfrage, wie viele Mitarbeiter das Bundesumweltministerium an welchen Standorten habe, immer eine Antwort parat.

Jahrestag von Tschernobyl

Am 26. April zeigten die Grünen zum 21. Jahrestag der Reaktor-katastrophe von Tschernobyl im Apollo Kino in Hannover-Linden den Film „Die Wolke“. Im Anschluss daran wurde nebenan im Apollo Konzept die Bilderausstellung mit Aufnahmen von Elena Filatova eröffnet. Diese reiste nach der Katastrophe mit dem Motorrad durch Tschernobyl und zeigt mit Bildern und Filmaufnahmen, dass auch heute das Unglück noch allgegenwärtig ist.

Maßgeblich gestaltet und organisiert wurden diese beiden Veranstaltungen von Jörg Schimke, Sprecher der Stadtteilgruppe Linden-Limmer. Unterstützung



Trittin an der Uni

bekam er nicht zuletzt von der Grünen Jugend, die vor dem Film an einem Stand zu Atomenergie informierte.

Eine unbequeme Wahrheit

Cineastisch ging es auch am 27. April weiter, an dem die Stadtteilgruppe Südstadt-Bult im Schwesternhaus den Al Gore-Film „Eine unbequeme Wahrheit“ zeigte. Dieser Film war bundesweit wohl der am meisten gezeigte Film bei den grünen Klimatagen, da durfte die Region Hannover natürlich nicht fehlen!

Der niedersächsische Hauptkampagnentag war der 28. April. In der Region gab es an diesem Samstag zahlreiche Info- und Aktionsstände. Neben der Klimaschutzzeitung, Informationen und Give-Aways wurden dazu an vielen Ständen Energiesparlampen verteilt. Diese „Klimaretter“ konnten entweder gegen konventionelle Glühbirnen getauscht oder beim Klima-Quiz gewonnen werden. Überrascht und überwältigt vom großen Zuspruch wurden die Garbsener Grünen bei ihrer Umtauschaktion. Bereits einige Zeit vor Beginn wartete eine lange Schlange von Mitbürgerinnen und Mitbürgern ungeduldig auf den Start der Aktion. Innerhalb kurzer Zeit waren alle Energiesparlampen umgetauscht. Der praktische Beitrag der Grünen zum Klimaschutz kam eindeutig an.

Klimaschutz-Tour mit Bütikofer

Einen weiteren Höhepunkt und gleichzeitig den Abschluss der Klimatage stellte die Klimaschutzbustour mit Reinhard Bütikofer am 3. Mai dar. Im gut besetzten Bus und an vier Stationen informierten sich Bütikofer und die anderen Fahrgäste über Klimaschutz-Vorzeigeprojekte in der Region. An der ersten Haltestelle in Hannovers Nordstadt stellte Architekt Torsten Schwarz ein nach Passivhausstandard saniertes Mehrfamilienhaus vor. Die zweite Station war die Umsteigeanlage



Infostand in Barsinghausen



Andrang auf „Klimaretter“ in Garbsen

Linden/Fischerhof. Michael Dette, umweltpolitischer Sprecher der Grünen Ratsfraktion, hob die gute Anbindung für Pendler aus dem Umland hervor, die hier von der S-Bahn in die Busse und Bahnen der Üstra umsteigen können. Von Linden ging es weiter nach Empelde. Dort stellte Andreas Lau das Projekt Solarkraft Ronnenberg am



Infostand in der Lister Meile

Rathaus vor und Baudezernent Wolfgang Zehler informierte über die Neubausiedlung Am Wischacker mit ihren hohen Energiestandards. Der Grüne Ortsverband Ronnenberg ließ sich nicht lumpen und servierte den Fahrgästen zum Abschluss Erfrischungen. Reinhard Bütikofer rief zum Ende der Tour alle Grünen in der Region auf, sich weiter so erfolgreich für den Klimaschutz zu engagieren.



Bütikofer im Klimaschutzbus

AUS DEM LANDTAG

Als Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr hatte Enno wieder alle Hände voll zu tun, um die Aktivitäten des Ministers Hirche im gleichnamigen Ministerium kritisch zu begleiten. Hier nur einige der wichtigsten Themen:

Transrapid-

Untersuchungsausschuss

Nachdem CDU/FDP den Transrapid-Untersuchungsausschuss schon für abgeschlossen erklärten, hat nun die Staatsanwaltschaft Osnabrück Ennos Argumentation aufgegriffen und ermittelt gegen die Chefs der Betreiberfirma der Versuchsanlage in Lathen wegen unterlassener Verbesserung der Sicherheitseinrichtungen. Bisher hatte sich Hirche geweigert, der Firma die Betriebserlaubnis zu entziehen.

Hirches unbezahlbare A22-Autobahnträume

Als „durchsichtiges Manöver“ hat Enno die kürzlich von der Landesregierung präsentierten Trassenpläne für die Küstenautobahn A22 bezeichnet, die zwar die Südvariante favorisieren, aber auch die Nordvariante weiter im Spiel halten. Er findet es ein Übel, dass wegen der unbezahlbaren Autobahnträume von CDU und FDP die Bevölkerung zwischen Elbe und Weser weiter in Aufruhr gehalten würde. „Wulff und Hirche sollten sich endlich eingestehen, dass beide Trassenführungen weder bei der Europäischen Union, noch beim Bund so überzeugen konnten, dass das notwendige Geld dafür in Aussicht gestellt worden wäre. Es ist falsch, Millionen Euro aus der Landeskasse weiter in Detailplanungen und einem Raumordnungsverfahren zu vergeuden. Die einzig verträgliche Variante für die A22 ist und bleibt die Null-Variante.“

Stiftung Zukunfts- und Innovationsfonds

Torschlusspanik? Im Hau-Ruck-Verfahren will Hirche die „Stiftung Zukunfts- und Innovationsfonds Niedersachsen“ durchboxen. Den Versuch, ohne parlamentarische Legitimation im ersten Schritt gleich die Vergabe von 12 Mio. Euro Steuergeldern durch die Stiftung zuzulassen, will Enno stoppen:

„Weil diese Stiftung ein Schoßkind von Minister Hirche ist, werden alle Zweifel an der parlamentarischen Kontrolle und der haushaltspolitischen Effizienz ignoriert“ warf er der Koalition vor. Das von CDU und FDP vorgelegte Papier bezeichnete Enno als „schlampige Vorlage“. Er fordert, das Verfahren auszusetzen, bis die Bedenken des Rechnungshofes ausgeräumt sind und ausreichend privates Kapital eingeworben wird. „Offenbar geht dem hastigen Hirche die Düse, nachdem die Wirtschaftspolitik der Koalition in der fast abgelaufenen Wahlperiode sämtliche Innovation in Niedersachsen fast zum Erliegen gebracht hat.“

FDP-Traubuch

„Wir schreiben das Jahr 2021... Erfreulich ist zunächst, dass das Schreckensszenario Klimakatastrophe nicht Realität geworden ist. ... In Deutschland stellt sich im Jahr 2021 niemand mehr die Frage, ob die Globalisierung ein Fluch oder ein Segen ist. ... Der allenthalben akzeptierte Kompromiss der Doha-Runde im Jahr 2009 hat zu offenen Märkten und weltweit gleichen Investitionsbedingungen geführt.“ So beginnt der Lobgesang auf die Weichenstellungen der Landesregierung in der Broschüre „Niedersachsen 2021“, die von Hirche kürzlich präsentiert wurde. Der aufwendig gestaltete 40-Seiten-Farbband enthält einen Katalog früherer und heutiger FDP-Wahlprogramme und stellt die These auf, dass damit praktisch alle großen politischen Herausforderungen in Niedersachsen gelöst werden könnten. - Träumen ist zwar erlaubt und jeder darf sich sein eigenes Bild von der Zukunft machen. Als Abgeordneter interessiert Enno allerdings der praktische Nutzwert und die Aufwendungen für derartige Elaborate, wenn sie von Seiten eines Landesministeriums mit Steuergeldern erstellt werden. Deshalb hat er unter der Überschrift „Halluzinationen statt Visionen?“ einige grundsätzliche Fragen dazu an die Landesregierung gestellt.

Euer Enno Hagenah
 enno.hagenah@lt.niedersachsen.de
 Tel.: 0511 3030-3308



Radwegenetz komplett – Titelgewinn angestrebt

In den „Beiträgen zur regionalen Entwicklung der Region Hannover“ ist das Heft 110 „Radverkehr in der Region Hannover“ erschienen mit Infos über Radwegenetze und -konzepte für Alltags- und Freizeitverkehr. Damit bewirbt sich die Region im Landeswettbewerb um den Titel der „Fahrradfreundlichen Region“.

In eigener Sache: Katja ist wieder da

Nach längerer Krankheit ist Katja wieder für die Grünen und „ihre“ Fachbereiche Verkehr, Naherholung, Regionalplanung und Wirtschaft da. Sie freut sich auf euch und auf spannende grüne Zeiten.

Grüne Metropolregion

Alle interessierten Grünen in der Metropolregion Hannover-Braunschweig-Göttingen treffen sich am 3. Juli 2007 um 17 Uhr in der Region Hannover (Raum 62). Themen: Entwicklungen in der Geschäftstelle und Austausch über die Klimaschutzaktivitäten in der Metropolregion.

Weniger Nahverkehrskürzungen

In 2008 und 2009 bekommt die Region jetzt doch immerhin je 2 Mio. Euro Regionalisierungsmittel für den Nahverkehr vom Land Niedersachsen. Im Verhältnis zu den insgesamt um 34 Mio. Euro gekürzten Mitteln von 2006-2010 ist das wenig, aber die Kürzungen im Zugnahverkehr (Heidebahn, Kurvenzüge Burgdorf) konnten rückgängig gemacht werden und die im Zuge der Fahrplanmaßnahmen 2008 beabsichtigten kritischen Streichungen bei den Busverkehren werden nicht mehr ausgeführt.

Schutzgebiete keine Gewerbe-Reserveflächen

Die Stadt Springe beantragt die Löschung einer wertvollen Waldfläche aus dem Naturschutzgebiet Saupark, um den Erweiterungsplänen der Fa. Octapharma zu entsprechen. Diese produziert mit derzeit knapp 100 Beschäftigten auf

dem angrenzenden Gelände des DRK-Blutspendedienstes Produkte aus Blutplasma und stellt eine Verdopplung der Zahl der Arbeitsplätze in Aussicht. Auch wenn mit Abwanderung gedroht wird, lehnt die Regionsfraktion die Teillösung ab und setzt sich für eine Alternativlösung für die Erweiterung ein.

In Wedemark-Gailhof will eine Spedition ins Landschaftsschutzgebiet Wietzel hineinwachsen. Da ein älterer Wald betroffen ist, fordert die Fraktion auch hier die Prüfung von Alternativen und die Berücksichtigung des Klimaschutzes. Eine Ersatzpflanzung braucht viel Zeit, bis sie die Funktion eines Waldes erfüllen kann.

MVA Lahe: Abfallmengen und Turnschuhe

Für nicht akzeptabel hält es die Regionsfraktion, dass die Überschreitung der vertraglich vereinbarten Abfallmenge, die jährlich in Lahe verbrannt werden darf, allein auf Verwaltungsebene entschieden wurde. Schließlich ist die Mengenbegrenzung auf 230.000 t/a politischer Beschluss. Eine frühzeitige Beteiligung des Abfallausschusses bei solch einem brisanten Thema ist unabdingbar!

Generell kritisiert die Fraktion die Informationspolitik der Region im Bereich Abfallwirtschaft. Die Verbrennung der Turnschuhplagiate hätte sofort veröffentlicht werden müssen. Die Turnschuhe enthalten kein PVC, ihr Chlorgehalt liegt unter dem von normalem Hausmüll. Die Übernahme durch aha erfolgte, um den vertraglich vereinbarten Heizwert von 13.000 Kilojoule/kg zu erreichen. Aufgrund von Mängeln in der mechanischen Aufbereitung und aufgrund des noch zu geringen Mengendurchsatzes in der Biologischen Anlage war der Heizwert des 2006 an die MVA gelieferten Restabfalls niedriger als für heizwertreiche Grobfraction vorgesehen.

Die nächste Müll-AG findet am 19.6. um 17.00 Uhr statt. Kontakt: Sabine 0511/61622085

Eure Regionsfraktion
gruene@region-hannover.de
Tel.: 0511 616 22 084

Fluglärm, Emissionen & Co.

Treffen mit der Geschäftsführung des Flughafens Hannover-Langenhagen

Zum Meinungsaustausch mit der Flughafenleitung trat eine „geballte Ladung Grüner“ am 14. Mai im Sitzungssaal vor Ort an. Es waren die Grüne Ratsfraktion der Stadt Hannover, Mitglieder der Regionsfraktion, Mitglieder der AG's Verkehr, Umwelt und Wirtschaft vertreten und auch Mitglieder der Bürgerinitiativen gegen den Fluglärm aus dem nördlichen Gebiet der Region. Dr. Raoul Hille (Geschäftsführer) und der Leiter des Umwelt- und Lärmmanagements, Herr Busmann, empfingen rund 20 Grüne BesucherInnen. Aus den geplanten 45 Minuten wurden gut 90, denn das Themenspektrum war vielfältig. Neben dem Fluglärm und den CO²-Emissionen

soll gebaut werden) und darauf, dass die Fahrzeuge im Flughafenbereich mit Rapsöl fahren. Die Grünen BesucherInnen vermieden bei mehreren „Reizthemen“ eine sofortige Bewertung, speziell wenn keine Übereinstimmung der Meinungen zu erwarten war. Zum angekündigten neuen Lärmschutzprogramm im Bereich der Südbahn blieb leider offen, ob zugleich auch Maßnahmen des aktiven Lärmschutzes angeordnet sind. Mehrere Grüne kritisierten, dass die vom Flughafen geplanten Maßnahmen hinter

Gründungsversammlung der AG Fluglärm

am Mittwoch, 27. Juni 2007, ab 18:30 Uhr, im Tagungsraum der Landesgeschäftsstelle, Odeonstraße 4, Hannover (Zugang über den Hof).

sinnvollen höheren Standards zurück bleiben werden, weil gehofft wird, dass die künftige Gesetzeslage keinen höheren Standard vorschreibt - wobei das Risiko eingegangen wird, später kostenintensiv

nachbessern zu müssen. Zur Idee der Verlagerung von Nachtflügen in die Tageszeit wurde von Dr. Hille als Beispiel das System der drei Umläufe pro Tag dargestellt, offenbar können sich die Fluggesellschaften die nötigen zusätzlichen Maschinen nicht leisten, um alle Touristen tagsüber zu befördern. Die Grünen forderten außerdem einen ungehinderten Zugang zu Informationen insbesondere für die AnwohnerInnen. Insgesamt war es ein offenes und informatives Gespräch. Eine Verstärkung dieses Kontakts wurde von beiden Seiten befürwortet. Nach dem Gespräch wurde der Besuch durch eine Führung durch den Flughafen und zur flughafeneigenen Feuerwehr abgerundet. Was es da an Sicherheitstechnik zu sehen gab, war beeindruckend. Das ist ja auch gut so.

Wilhelm Zabel
wilhelmzabel@aol.com



Hauptmensa wird sonnenhungrig

Im Sommer 2007 bekommt die Hauptmensa was auf's Dach: Zukünftig werden rund 90 Photovoltaikmodule umweltfreundlichen Strom produzieren.

Nach vielen Verhandlungen mit den verschiedenen Verantwortlichen und langen Planungsvorbereitungen geht an der Leibniz Universität ein neues Klimaschutzprojekt an den Start: Mit dem Mensa-Solarprojekt sonnenhungrig wird auf dem Dach der Hauptmensa (Callinstraße) eine Photovoltaikanlage mit einem Jahresertrag von rund 17.000 kWh entstehen.

Mit sonnenhungrig kann jeder zum/zur aktiven KlimaschützerIn werden. Konzipiert ist das Projekt wie ein Bürgersolardach, an dem Interessierte Anteile erwerben können. Die Anlage erzielt durch die kontinuierliche Einspeisung ins Stromnetz Renditen, die mit einem Sparbuch vergleichbar sind. Alle fünf Jahre wird der Gewinn ausbezahlt. Nach 20 Jahren



Laufzeit ist nicht nur die Investition refinanziert, sondern auch ein Überschuss erwirtschaftet. Der Unterschied zu anderen Bürgersolardächern ist, dass auch sehr kleine Anteile erworben werden können. Eine Mindestbeteiligung von 50 Euro ermöglicht es auch Menschen mit geringerem Einkommen – wie z.B. Studierenden – sich zu beteiligen.

Entstanden ist das Projekt aus einer Initiative des Arbeitskreises



Regenerative Energien und der Grünen Hochschulgruppe. Sonnenhungrig ist ein interdisziplinäres Modellprojekt, das politische Ansprüche für mehr Klimaschutz mit praktischer Wissenschaft verbindet: Die Leibniz Universität stellt den Raum für die Anlage zur Verfügung und sichert die wissenschaftliche Einbindung, Uni-Präsident Erich Barke unterstützt das Projekt als Schirmherr. Für die Organisation und Durchführung konnte Ökostadt e.V. gewonnen werden, die Unterkonstruktion wird von der Berufsbildenden Schule 6 gebaut.

Die Grüne Hochschulgruppe hat sonnenhungrig in der Planungsphase begleitet und gemeinsam mit der Grünen Jugend durch eine Benefizparty am 4. Mai im Bei Chéz Heinz aktiv unterstützt. Nun hoffen wir auf viele aktive KlimaschützerInnen und eine erfolgreiche Umsetzung des Projektes!

Weitere Infos:
www.sonnenhungrig.info
 oder telefonisch bei Ökostadt e.V.
 unter 0511/ 1690291

Jan Haude
jan.haude@web.de



AUS DEM RATHAUS

Zwei wichtige Themenkomplexe sind in den vergangenen Wochen beraten und verhandelt worden und nun mit unserem Koalitionspartner endlich geeinigt: die Fortführung von hannoverimpuls und der Luftreinhalte-Aktionsplan.

hannoverimpuls

Gemeinsam mit den Regionsgrünen haben wir für die Weiterentwicklung von hannoverimpuls grüne Positionen durchsetzen können, zu denen besonders die Ausweitung der Aktivitäten auf das Cluster Klimaschutzwirtschaft und regenerative Energien zählen. Bereits bei der Gründung von hannoverimpuls haben wir ein solches Cluster gefordert, da wir schon damals große Beschäftigungspotenziale für diese Branche gesehen haben. Die Fokusbranche „Life Science“ soll durch den Bereich Gesundheitswirtschaft erweitert werden. Während hierfür bei hannoverimpuls bereits Personal eingesetzt ist, muss das Cluster Klimaschutzwirtschaft bei hannoverimpuls neu aufgebaut werden. Diesen Prozess werden wir fördernd begleiten.

Umweltzonen

Auch beim Klimaschutz sind wir einen Schritt weiter, denn entgegen den Vorschlägen der Verwaltung wollen wir den Luftreinhalte-Aktionsplan durch die Einführung von Umweltzonen eher umsetzen. Die Landesregierung hatte im März 2007 die Zuständigkeit für die Luftreinhalteplanung auf die Kommunen übertragen und damit die Chance vertan, niedersachsenweit einheitlich für den Klimaschutz einzutreten (siehe Artikel S. 1).

Alkoholmissbrauch

Mit Sorge verfolgen wir das Geschehen in und vor hannoverschen Diskotheken, aber auch im Freizeitverhalten der Jugendlichen: Veranstaltungen wie „Flatrate-Parties“ sind im Trend, Saufen ohne Limit die neue Freizeitbeschäftigung Jugendlicher. Die Zahlen sind erschreckend, die zögerliche Haltung der hannoverschen Verwaltung aber auch. Auf unsere Anfrage im Rat, welche rechtlichen Möglichkeiten die Kommune hat, z.B. Lizenzen / Konzessionen

zu entziehen, beschrieb der neue Ordnungsdezernent die Eingriffsmöglichkeiten der Stadt als ausgeschöpft. Aktuell hat der Bund-Länderausschuss Gewerbebereich klargestellt, dass z.B. ein Verbot solcher Partys schon längst rechtlich möglich ist. Wir wissen, dass ein Verbot allein das Problem nicht beseitigt, denn das so genannte „Binge-Drinking“ findet zuhause oder auf öffentlichen Plätzen vor dem Discobesuch statt, Betreiber dürfen ihre Geschäfte jedoch nicht auf Kosten der Gesundheit Jugendlicher machen! Schneller reagiert hat die Stadtverwaltung bei den Diskriminierungen beim Einlass in Gastronomien. Alle Betreiber wurden angeschrieben und aufgefordert eine „Musterdienstvereinbarung Einlasskontrolle“ zu unterschreiben. Wir sind gespannt, in wie vielen Diskotheken diese Vereinbarung unterzeichnet wird.

Vereinbarkeit von Beruf und Familie

Städtische Betriebe müssen aktiv etwas für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie tun, deshalb hat die Ratsfraktion einen Brief an die städtischen Töchter und Beteiligungen geschickt und schon erste positive Rückmeldungen erhalten. Gemeinsam mit den städtischen Beteiligungsunternehmen wollen wir Grünen die Anstrengungen verstärken, um die Lebensqualität für Menschen mit Kindern in unserer Stadt weiter zu verbessern und den Zuzug für Familien attraktiv zu machen. Zusätzlich zu einer guten Infrastruktur an Kinderbetreuung brauchen wir Unternehmen und Unternehmensleitungen, die Arbeitsplätze so gestalten, dass sie für Eltern attraktiv sind. Die Stadtverwaltung selbst und die städtischen Betriebe und Töchter sind gut geeignet, mit gutem Beispiel voranzugehen. Variable Arbeitszeitmodelle, Teilzeit- und Tele-Arbeitsplätze, betriebliche Organisation von Kinderbetreuung und die Erleichterung beim Wiedereinstieg nach Elternzeit können zum Gelingen der Vereinbarkeit von Beruf und Familien beitragen.

Eure Ratsfraktion
gruene@hannover-stadt.de
 0511 168 446 19

Treffen Campus Grün

Das nächste Treffen der Grünen Hochschulgruppe findet am Montag, den 2. Juli um 16:00 Uhr statt. Campus Grün trifft sich zur Vorbereitung eines Bioaktionstages im kommenden Semester im Umweltzentrum

in der Hausmannstraße 9-10. Neue und Interessierte sind herzlich eingeladen! Weitere Informationen unter:

<http://www.campusgruen-hannover.de>

Zukunftstag

Fünf Jungen und zwölf Mädchen statteten Hannovers Grünen im Rahmen des Grünen Mädchen- und Jungen-Zukunftstages einen Besuch ab



Die jungen Leute zwischen 11 und 16 Jahren besichtigten im Rahmen des Girls' Day 2007 das Grüne Zentrum, das Rathaus und das Regionshaus und konnten hautnah erleben, wie grüne Politik in Hannover und der Region gemacht wird.

Der etwas andere politische Stammtisch

Sicher überwacht?!

Zwischen Heiligendamm und Fußgängerzone: Wie viel Sicherheit verträgt die Freiheit? Überdimensionierte Sicherheitsvorkehrungen wie beim G8-Gipfel in Heiligendamm und eine fest etablierte ständige Überwachung des öffentlichen Raumes verleihen dieser Frage erneut Aktualität. Der

„Offene PoliTisch“ soll eine Plattform für Diskussionen bieten, die quer zum Mainstream gehen. Das erste Treffen findet zum Thema „Sicher überwacht?!“ am Donnerstag, den 28. Juni, um 19:00 Uhr im Spandau (Engelbosteler Damm 30) statt. Interessierte sind herzlich willkommen!

I M P R E S S U M

Die Grünen Seiten sind das Mitteilungsblatt des Regionsverbandes Hannover von Bündnis 90/Die Grünen, Senior-Blumenberg-Gang 1, 30159 Hannover, Tel. 0511/300 88 66, Fax 300 89 66, region@gruene-hannover.de.

An dieser Ausgabe haben mitgearbeitet: Günter Wulfert, Michael Pelke, Silke Stokar, Enno Hagenah, Doris Klawunde, Eleni Mourmouri, Martina Weiß, Jörg Schimke, Dieter Albrecht, Angela Klingrad, Patrick Drenske, Britt Wischhusen, Michael Horn, Anne Dalig, Hannelore Heidecke, Anja Möhring, Jeanette Weinrich, Jan Haude, Miriam Koch, Mark Meißner, Katja Busch, Wilhelm Zabel, Birgit Teschner, Ronald Schütz und Christian Günther (V.i.S.d.P.)

Druck: Forum Druck, Striehlstr. 11, 30159 Hannover, Tel. 1316224

Versand: Lister Copy und Büro Service, Pelikanstr. 13 A, Tel. 96546-0

"Grüne Seiten" werden kostenlos an alle Mitglieder von Bündnis 90/Die Grünen Regionsverband Hannover verschickt. Die nächsten Grünen Seiten erscheinen voraussichtlich im September 2007.

**Bündnis 90/Die Grünen,
Senior-Blumenberg-Gang 1,
30159 Hannover,
Tel. 0511/300 88 66,
Fax 0511/300 89 66
E-Mail: region@gruene-hannover.de
Internet: www.gruene-hannover.de**

T E R M I N E

19.06. 20:00
„Hauptsache es schmeckt“ In-
foveranstaltung zum Thema Ge-
sunde Ernährung im Kindesalter,
Aula der Theodor-Heuss-Schule
in Empelde, Babarastr.7

20.06. 20:15
Die Grüne Leinwand: Espresso.
Apollo Kino

23./24.6.
Landesdelegiertenkonferenz in
Hitzacker

19.6. 17:00
Müll-AG Kontakt: Sabine
0511/61622085

22.06. 16:00
Regionale Plattform der Regi-
onsfraktion im Regionshaus,
Hildesheimer Str. 20

23./24.6.
Landesdelegiertenkonferenz in
Hitzacker

25.06. 17:30
Verkehrs AG, Hildesheimer
Straße 20

27.06. 17:00
AG Wirtschaft & Finanzen, Seni-
or-Blumenberg-Gang 1

28.06. 18:30
AG MigrantInnen, Senior-Blu-
menberg-Gang 1

28.06. 19:00
Grüner Stammtisch im Spandau

02.07. 16:00
Treffen der Grünen Hochschul-
gruppe Umweltzentrum Haus-
mannstr. 9-10

03.07. 17:00
Treffen der Grünen in der Me-
tropolregion Hannover-Braun-
schweig-Göttingen, Hildesheimer
Straße 20 Raum 62

03.07. 18:00
Die Grüne Leinwand: Full Metal
Village. Apollo Kino

12.07. 19:30
Regionsparteierrat, Senior-Blumen-
berg-Gang

27.07. 18:30
Gründungstreffen der AG Flug-
lärm, Tagungsraum der Landes-
geschäftsstelle, Odeonstraße
4, Hannover (Zugang über den
Hof)

30.08. 18:30
AG MigrantInnen im Senior-Blu-
menberg-Gang 1

12.09. 17:00
AG Wirtschaft & Finanzen, Regi-
onshaus, Hildesheimer Str. 20

17.09. 17:30 Uhr
Verkehrs AG, Hildesheimer Stra-
ße 20

20.09.
Mitgliederversammlung des Re-
gionsverbands

Weitere Termine:
www.gruene-hannover.de



**Die Grüne Jugend trifft sich
jeden Mittwoch um 18.00 Uhr
im Grünen Zentrum!
InteressentInnen sind
herzlich Willkommen!**

Mitgliedsbeiträge und Spenden

**Wir freuen uns über jede Spende und sind von der
regelmäßigen Zahlung der Mitgliedsbeiträge
abhängig.**

**Der Mitgliedsbeitrag beträgt 1% des Nettoeinkommens.
Beitragsanpassung dringend erwünscht!**

**Hierzu reicht ein Anruf oder eine Mail! Auch Einzugser-
mächtigungen könnt ihr uns ganz einfach telefonisch oder
per Mail erteilen!**

Bei Fragen meldet euch in der Geschäftsstelle.